

Kommunale Kinder- und Jugendparlamente

Unterschätzt – aber im Kommen

Sie gelten oft als wenig zeitgemäßes Beteiligungsformat, schlechte Beispiele sind schnell gefunden. Die Ergebnisse einer umfassenden Studie im Auftrag des Kinderhilfswerkes ergeben ein anderes Bild.

> Roland Roth und Waldemar Stange

2018 gab es insgesamt 520 Kinder- und Jugendparlamente¹ in Deutschland – also nur in zirka fünf Prozent aller rund 11.000 deutschen Kommunen. Das liegt vor allem an der großen Zahl der kleinen Gemeinden unter 5.000 Einwohner*innen. Sie machen mehr als drei Viertel aller Kommunen aus, haben aber kaum Kinder- und Jugendparlamente. Jede dritte kleine Mittelstadt mit 20.000 bis 50.000 Einwohner*innen verfügt über eine solche repräsentative Vertretung, bei den großen Mittelstädten bis 100.000 Einwohner*innen sind es sogar knapp 44 Prozent.

Länder-Vorgaben als Starthilfe

Naturgemäß liegen die Länder vorn, in denen eine Verpflichtung zur Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunalverfassungen festgeschrieben ist: Baden-Württemberg steht mit über 100 Kinder- und Jugendparlamenten an der Spitze, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit knapp 80, Bayern mit 68 und Schleswig-Holstein mit 55. Nimmt man die Bevölkerungszahl als Maßstab, führt Schleswig-Holstein vor Baden-Württemberg und Brandenburg.

Es ist uns gelungen, mehr als 200 Betreuer*innen von Kinder- und Jugendparlamenten ausführlich online zu befragen, mit etwa 100 jungen Menschen über ihre Erfahrungen zu sprechen und die Aussagen in mehreren lokalen Fallstudien zu vertiefen.² Einige Ergebnisse verdienen besondere Aufmerksamkeit:

Kein Ersatz für andere Formate: Diese Parlamente sind in der Regel integra-



Kinder- und Jugendparlamente – nur ein Verkehrsübungsplatz?

Foto: Pixabay

ler Bestandteil einer viel breiteren kommunalen Beteiligungslandschaft für junge Menschen. Die übliche Gegenüberstellung von offenen und projektorientierten Beteiligungsformaten einerseits und repräsentativen Varianten andererseits trifft nicht die lokale Wirklichkeit. Oft initiieren Kinder- und Jugendparlamente selbst Projekte und Foren.

Keine kurzlebigen Veranstaltungen:

Die meisten Kinder- und Jugendparlamente sind auf Dauer angelegt. Rund ein Viertel von ihnen wurde vor mehr als 20 Jahren gegründet, mehr als die Hälfte sind älter als zehn Jahre. Offensichtlich steigt ihre Beliebtheit, denn 27 Prozent der Parlamente sind jünger als fünf Jahre.

Startschuss von Erwachsenen: Die Initiative für die Gründung geht überwiegend von der Verwaltungsspitze, den Ratsparteien oder pädagogischen Fachkräften aus. Lokale Jugendgruppen oder Jugendringe sind als Initiatoren deutlich weniger aktiv. Kinder- und Jugendparlamente benötigen also den politischen Willen und die Unterstützung der institutionellen Kommunalpolitik.

Gewählte, Delegierte, Dazugekommene

Das Gros der kommunalen Vertretungen junger Menschen besteht aus zehn bis 20 Personen. In Großstädten können es auch deutlich mehr sein. Der Zugang variiert: Häufig delegieren Kinder- und Jugendeinrichtungen oder Schulen die

Mitglieder. Bei über 50 Prozent kann die Beteiligung liegen, wenn die Wahl der Jung-Parlamentarier*innen über die Schulen organisiert wird. Bemerkenswert ist der Anteil von 41 Prozent der Kinder- und Jugendparlamente, deren Mitglieder durch Eigeninitiative ins Gremium gelangen. Vor allem in kleineren Kommunen spielt die Selbstrekrutierung eine wichtige Rolle: Wer kommt und mitmacht, ist nach einer Weile Mitglied. Damit schwindet jedoch der repräsentative Anspruch.

Bei 70 Prozent der Kinder- und Jugendparlamente dauert eine Wahlperiode zwei Jahre. Zehn Prozent liegen darunter, 20 Prozent darüber.

Mehr Mädchen, aber immer noch nicht repräsentativ

Deutlich verändert hat sich die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Vertretungen. Nach Einschätzung der Betreuer*innen ist sie inzwischen in 70 Prozent der Gremien ausgewogen. Überwiegend oder ausschließlich männlich geprägt sind 20 Prozent, überwiegend oder ausschließlich weiblich zusammengesetzt sind elf Prozent der Vertretungen.

Fortschritte hat es offensichtlich auch in der sozialen Zusammensetzung gegeben. Sie ist ausgewogen, berichtet mehr als die Hälfte (55 Prozent) der Betreuer*innen. Immerhin schneiden Kinder- und

Jugendparlamente demnach deutlich besser ab als ihre erwachsenen Pendanten. Aber es gibt noch deutliche Defizite:

- Nur 30 Prozent sprechen von einer proportionalen Vertretung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund.
- In 25 beziehungsweise 21 Prozent der Gremien ist der Anteil der Mitglieder aus benachteiligten Sozialräumen oder bildungsfernen Schichten proportional.
- Nur sechs Prozent der Befragten sehen Kinder- und Jugendliche mit Beeinträchtigungen und Behinderungen proportional vertreten.

16- bis 18-Jährige sind nach Angaben der Betreuer*innen die stärkste Gruppe in kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten, es folgen die 14- bis 15-Jährigen. Junge Menschen unter 14 Jahren sind nur noch in jeder fünften Vertretung anteilig präsent, bei Kindern unter elf Jahren halbiert sich der Anteil noch einmal. Über 18-Jährige sind in mehr als einem Viertel der Kinder- und Jugendvertretungen anteilig vertreten.

Arbeitsweise und Atmosphäre

Die Mitwirkung in repräsentativen Formaten ist arbeits- und zeitintensiv. Üblich sind monatliche Sitzungen. Drei von vier Kinder- und Jugendparlamenten haben zusätzliche Arbeitsgruppen und informelle Treffs eingerichtet. Eige-

ne Projekte spielen eine zentrale Rolle, wird aus mehr als 90 Prozent der Vertretungen berichtet. Oft kooperieren sie mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Etwa die Hälfte organisiert sich in themenspezifischen Arbeitsgruppen. Gleich groß ist die Zahl der Vertretungen, die ihre Arbeit weitgehend an der des Gemeinderats orientiert.

Das Arbeitsklima wird von 90 Prozent als positiv bewertet: „Freundschaftlich und wertschätzend“, „kooperativ“ und „gleichberechtigt“. Leichte Abstriche gibt es bei der Verbindlichkeit und Verlässlichkeit. Nur aus acht Prozent der Gremien wird von Konflikten berichtet.

Status im Rathaus und Budget

Die Mehrzahl der Kinder- und Jugendparlamente ist durch Ratsbeschlüsse oder kommunale Satzungen strukturell verankert sowie formal mit der Ratsarbeit verknüpft. Die meisten Gremien verfügen über ausgewiesene Rechte. Vor allem haben sie Rede- und Antragsrecht im Jugendhilfeausschuss, gelegentlich auch im Rat. Nur fünf Prozent der Vertretungen verfügt über keine besondere Verankerung.

Erwachsene sind im Alltag der Kinder- und Jugendparlamente wichtig – wenn auch meist in beratender Funktion: Häufig kümmert sich eine Person aus der Verwaltung um die Geschäftsführung. In einigen Gremien übernehmen Bürgermeister*innen den Vorsitz.

Vier von fünf Kinder- und Jugendparlamenten verfügen über ein eigenes Budget, meist über 2.000 Euro. Darüber können sie entweder unabhängig oder in Absprache mit Zuständigen entscheiden. Es werden auch (in der Regel bescheidene) Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen gezahlt; das ist in 40 beziehungsweise 13 Prozent der Fälle.

Themenwahl und Selbstverständnis

Kinder- und Jugendparlamente wählen ihre Themen weitgehend selbst. Sie beschränken sich dabei nicht auf Altersspezifisches wie etwa Freizeitveranstaltungen.

Qualitätsmerkmale und Erfolgsbedingungen

Das macht Kinder- und Jugendparlamente stark

1. Ein starkes Mandat und der kommunalpolitische Wille
2. Die strukturelle Verankerung in Ratsbeschlüssen und Satzungen
3. Betreuende, unterstützende, moderierende und ermöglichende Fachkräfte
4. Ein eigenes Budget und eigene Gestaltungsmöglichkeiten
5. Repräsentativität und Vielfalt durch entsprechende Wahlverfahren
6. Eine kooperative Haltung von Politik und Verwaltung
7. Selbst-/Wirksamkeit und politischer Einfluss

> Roland Roth und Waldemar Stange

gen. Sondern sie nehmen auch ein allgemeinpolitisches Mandat wahr, greifen selektiv lokale Themen auf und beteiligen sich an wichtigen Prozessen der Verkehrs- und Bauleitplanung oder Stadtteilsanierung.

Das Selbstverständnis der Kinder- und Jugendparlamente ist vielfältig und entwickelt sich durchaus in mehrere Richtungen. Sehr häufig verstehen sie sich als Initiator*innen von Projekten und Aktionen. Andere sehen sich stärker als Sprachrohr der jungen Menschen vor Ort. Sie werden allenfalls gelegentlich in Ratsentscheidungen einbezogen.

Einfluss und Lerneffekte

Der Einfluss der Kinder und Jugendlichen ist in den verschiedenen Phasen des politischen Gestaltungsprozesses unterschiedlich ausgeprägt – bei der Ideensammlung groß, bei Entscheidungen deutlich geringer. Entsprechend kritisch sieht ein Teil der Kinder- und Jugendparlamente die Anerkennung ihrer Arbeit durch die Kommunalpolitik.

Alle Befragten berichten überaus positiv von Lerneffekten in diesem repräsentativen Partizipationsformat. Dazu gehören deutliche Zugewinne an Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen, in der Kooperationsfähigkeit und im Projektmanagement. Auch verstärktes freiwilliges Engagement, die Wertschätzung von Demokratie, die Identifikation mit der Kommune und ein Zugewinn an lokalpolitischen Kompetenzen stehen bei mindestens drei von vier Vertretungen auf der Habenseite. Kinder- und Jugendparlamente tragen also zur Stärkung lokaler Demokratie bei. Deshalb haben sie mehr Aufmerksamkeit und öffentliche Förderung verdient.

-
- 1) Die Bezeichnungen für solche repräsentativen Formate wechseln von Bundesland zu Bundesland, wie zum Beispiel Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg oder Kinder- und Jugendvertretungen in Schleswig-Holstein.
 - 2) Die Studie wurde für das Beratungs- und Förderprogramm „Starke Kinder- und Jugendparlamente“ verfasst. Träger ist das



Mit Rückenwind der Erwachsenen und freier Bahn kann deutlich mehr daraus werden

Foto: Daniel Lincoln / Unsplash

Deutsches Kinderhilfswerk, gefördert wird es vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Literatur

Roth, Roland / Stange, Waldemar: *Starke Kinder- und Jugendparlamente. Kommunale Erfahrungen und Qualitätsmerkmale*, Berlin 2020, 64 Seiten, PDF und weitere Informationen auf kinderrechte.de; gruenlink.de/1vuu

Roth, Roland / Stange, Waldemar: *Kommunale Kinder- und Jugendparlamente. Empirie und Perspektiven einer unterschätzten Form der Beteiligung junger Menschen*, Weinheim 2021. Die umfangreiche wissenschaftliche Studie wird bei Beltz/Juventa veröffentlicht werden.

> Prof. Dr. Roland Roth lehrt an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Der Sozial- und Politikwissenschaftler hat die Arbeitsschwerpunkte Demokratie, Beteiligung, bürgerschaftliches Engagement und soziale Bewegungen. roland.roth1@gmx.de

> Prof. Dr. Waldemar Stange ist Bildungswissenschaftler und lehrt am Institut für Sozialarbeit/ Sozialpädagogik der Leuphana Universität Lüneburg. Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem Jugendhilfe, Sozialraumanalyse, Fortbildungsdidaktik, Partizipation von Kindern und Jugendlichen (insbesondere Methodik). stange@leuphana.de